KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Brüssel, den 2.4.2009
SEK(2009) 424

**ARBEITSPAPIER DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN**

***Begleitdokument zur***

**MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN**

**„Eine neue Partnerschaft zur Modernisierung der Hochschulen: EU-Forum für den Dialog zwischen Hochschule und Wirtschaft“**

# ***Zusammenfassung der Folgenabschätzung***

{COM(2009) 158 final
SEC(2009) 423
SEC(2009) 425}

**ARBEITSPAPIER DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN**

***ZUSAMMENFASSUNG DER FOLGENABSCHÄTZUNG ZU „EINE NEUE PARTNERSCHAFT ZUR MODERNISIERUNG DER HOCHSCHULEN: EU-FORUM FÜR DEN DIALOG ZWISCHEN HOCHSCHULE UND WIRTSCHAFT“***

Die vorliegende Folgenabschätzung wird der Mitteilung der Kommission „Eine neue Partnerschaft zur Modernisierung der Hochschulen: EU-Forum für den Dialog zwischen Hochschule und Wirtschaft“ beigelegt. Der Rat (Bildung) hat in seiner Entschließung zur Modernisierung der Universitäten im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit Europas in einer globalen wissensbasierten Wirtschaft die Kommission aufgefordert, die Mitgliedstaaten beim Modernisierungsprogramm zu unterstützen sowie Partnerschaften zwischen Hochschulen und der Industrie bzw. dem Privatsektor zu fördern.

Die allgemeine und berufliche Bildung wurde von Anfang an als wichtiger Faktor für das Erreichen der Gesamtziele der Lissabon-Strategie angesehen. Für die Schaffung eines nachhaltigen Wachstums spielt in diesem Kontext besonders das Wissensdreieck eine zentrale Rolle als Triebkraft der wissensbasierten Wirtschaft. Europa muss seine Bemühungen verstärken, dieses Wissensdreieck voll einsatzfähig zu machen[1]. Den Hochschulen kommt in diesem Zusammenhang eine Schlüsselrolle zu. Neue Formen der Kooperation von Hochschulen und Forschungseinrichtungen mit der Unternehmenswelt, die sich mit der Frage nach der Verknüpfung von Bildung, Forschung und Innovation auseinandersetzen, müssen entwickelt und umgesetzt werden.

In der Mitteilung der Kommission „Das Modernisierungsprogramm für Universitäten umsetzen: Bildung, Forschung und Innovation”[2] wurde die Schlüsselrolle der Universitäten für **Europas Zukunft und für den erfolgreichen Übergang zu einer wissensbasierten Wirtschaft und Gesellschaft** hervorgehoben. Es wurde der Bedarf an einer grundlegenden Neuorientierung und Modernisierung des Sektors unterstrichen, um zu vermeiden, dass Europa im weltweiten Wettbewerb in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation unterliegt. Unternehmen, so wurde vorgeschlagen, könnten einen Beitrag in drei Bereichen leisten:

– Lenkungsformen: Modelle des Unternehmensmanagements könnten auf die Hochschulwelt übertragen werden.

– Finanzierung: Unternehmen könnten bei der Finanzierung von Hochschulaktivitäten sowohl im Bereich Bildung als auch im Bereich Forschung eine Rolle spielen. Und

– Studienpläne: Die Studierenden benötigen die Art der Bildung, die sie auf die zukünftige Arbeitswelt vorbereitet. Unternehmen können bei der Definition der Anforderungen helfen und solche Praktika anbieten, die Studierende beim Übergang vom Studien- zum Arbeitsleben unterstützen. Außerdem müssen Unternehmen darin bestärkt werden, ihre

---

[1] KOM(2008) 865 endg. „Ein aktualisierter strategischer Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung“.

[2] KOM(2006) 208 endg. „Das Modernisierungsprogramm für Universitäten umsetzen: Bildung, Forschung und Innovation“.

Mitarbeiter im gesamten Verlauf ihres Berufslebens für Weiterbildungen und die Aktualisierung ihrer Fähigkeiten freizustellen.

Mit der erneuerten Lissabon-Strategie wird die Bedeutung einer partnerschaftlichen Herangehensweise unterstrichen: alle Interessengruppen auf gemeinschaftlicher, nationaler, regionaler und lokaler Ebene müssen sich die Lissabon-Strategie zu Eigen machen. Zur Gestaltung der Zukunft Europas sollten alle ihren Beitrag leisten. Mobilisierung und gemeinsame Anstrengungen sind die Schlüssel zum Gelingen der Partnerschaft. **Die entscheidenden Akteure in solchen Partnerschaften sind dabei Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen.**

Die Kommission hat im Februar 2008 ein erstes Forum Wirtschaft/Hochschule und Verlauf des Jahres drei sich thematisch anschließende Seminare im organisiert. Dabei wurde deutlich, dass die Interessengruppen den Dialog schätzen. Die Diskussion konzentrierte sich in diesem Zusammenhang nicht auf die Frage, „OB es eine Kooperation geben sollte“, sondern darauf, „WIE diese zu organisieren sei“, damit sie für alle Seiten von Nutzen ist. Die Vertreter der Unternehmen und der Hochschuleinrichtungen haben die Gelegenheit begrüßt, einen Dialog zu diesen Fragen zu führen, wobei sie auf bereits gemachte Erfahrungen aufbauen konnten. Auf europäischer Ebene sprach man sich nachdrücklich für die Nutzung des Forums Wirtschaft/Hochschule als ein Forum für Dialog und den Aufbau von Partnerschaften aus. Weiterhin sollte es Raum für die Sammlung, die gemeinsame Nutzung, den Austausch und die Verbreitung bewährter Verfahren zu der Frage geben, wie Unternehmen und Hochschulen zu beider Vorteil zusammenarbeiten können. Mit der vorliegenden Mitteilung wird eine Formalisierung des Forums Wirtschaft/Hochschule sowie eine mögliche Strukturierung für die folgenden Jahren vorgeschlagen. Aus dem aktuellen Dialog werden politische Schlussfolgerungen gezogen und Problemkomplexe aufgeführt, die in der nächsten Arbeitsphase zu behandeln sind.

Das Forum Hochschule/Wirtschaft sollte eine große Bandbreite von Fragen aus den in der Mitteilung von 2006 genannten Bereichen ansprechen. Es soll insbesondere:

– die Entwicklung der Studienpläne für eine höhere Beschäftigungsfähigkeit der Absolventen unterstützen;

– bei der Bestimmung der Fähigkeiten helfen, über die Absolventen beim Eintritt in den Arbeitsmarkt erwartungsgemäß verfügen sollten;

– die Entwicklung unternehmerischen Denkens bei den Absolventen, Professoren und Forschern fördern;

– die Entwicklung von entsprechenden Lenkungsstrukturen an Hochschulen unterstützen;

– die Entwicklung der Hochschulbildung im Bereich des lebenslangen Lernens fördern, genauer gesagt die Zusammenarbeit von Hochschulen und Unternehmen bei der Bestimmung und Bereitstellung von Schulungs- und Umschulungsmaßnahmen;

– Interdisziplinarität und Transdisziplinarität im Forschungs- und Ausbildungsprogramm unterstützen;

– den Austausch, die gemeinsame Nutzung und die Erzeugung von Wissen durch eine erhöhte Mobilität zwischen den Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen

(Studierende, Forscher, Professoren, sonstiges Hochschulpersonal, Unternehmensmitarbeiter) fördern.

Die vorliegende Folgenabschätzung geht von möglichen Auswirkungen in Bezug auf zwei Hauptziele des Gesamtprogramms aus: Zum einen geht es um die Problematik, dass zu viele Absolventen nicht über die richtige Mischung von Wissen und Fähigkeiten für den Arbeitsmarkt verfügen, und zum anderen um die unzureichende Innovationsfähigkeit Europas.

Auf EU-Ebene existieren vier zentrale Optionen für Maßnahmen: keine zusätzlichen Maßnahmen (Basisvariante); spezifische Maßnahmen unter Verwendung der vorhandenen Instrumente; konzentrierte politische Maßnahmen auf EU-Ebene einschließlich der Veröffentlichung eines Strategiepapiers auf Gemeinschaftsebene und Schaffung einer Plattform auf europäischer Ebene für einen strukturierten Dialog zwischen den Akteuren; auf die Mitgliedstaaten zugeschnittene konzentrierte politische Maßnahmen.

Für keine dieser Optionen werden Konsequenzen für die Umwelt erwartet. Die verschiedenen Möglichkeiten haben keine Auswirkungen auf den Haushalt. Alle vorgeschlagenen Maßnahmen werden im Rahmen der vorhandenen finanziellen Mittel durchgeführt.

Beobachtungen haben gezeigt, dass eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Wirtschaft positive wirtschaftliche und soziale Auswirkungen hat. Es ist jedoch schwierig zu bewerten, in welchem Ausmaß die vorgeschlagenen Optionen direkte wirtschaftliche und soziale Auswirkungen in den Mitgliedstaaten haben würden. Es besteht keine Möglichkeit, auf europäischer Ebene vorzuschreiben, ob und welche Maßnahmen durch die Mitgliedstaaten ergriffen werden sollen. Die EU kann den Mitgliedstaaten nur unterstützende Maßnahmen anbieten. Sie kann darauf hinweisen, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Die EU kann auch zentrale Fragen und mögliche Lösungen bestimmen und darüber informieren. Weiterhin kann sie eine Plattform für Diskussion und Austausch zwischen den Akteuren bieten und Zugang zu Beispielen bewährter Verfahren aus einer Vielzahl von Quellen ermöglichen. Die Synergieeffekte zwischen bestehenden Initiativen und Programmen können auf europäischer Ebene noch erhöht werden.

Die dritte Option, d. h. eine konzentrierte politische Maßnahme auf EU-Ebene einschließlich der Veröffentlichung eines Strategiepapiers auf Gemeinschaftsebene und der Schaffung einer Plattform auf europäischer Ebene für einen strukturierten Dialog zwischen den Akteuren, wird als die vorteilhafteste Variante betrachtet.

Die Überwachung und Evaluierung würde einerseits im aktualisierten strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung erfolgen und anderseits könnten gezielte Studien zur Bewertung der Fortschritte in diesem Bereich durchgeführt werden.